

Aktuelle Entwicklungen beim Insolvenzgeld

Julika Demmer, M.Sc., Essen
Jana Hoffmann, M.Sc., Essen

Das Insolvenzgeld stellt eine wichtige Komponente bei der Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Insolvenz des Arbeitgebers für den Arbeitnehmer dar. Zudem schafft das Instrument der Insolvenzgeldvorfinanzierung häufig die Möglichkeit einer Betriebsfortführung im vorläufigen Insolvenzverfahren und einer nachfolgenden erfolgreichen Sanierung.

Der nachstehende Beitrag skizziert die Finanzierung des Insolvenzgeldes und weist auf aktuelle Neuerungen hin.

I. Finanzierung des Insolvenzgeldes

Entgegen einer teilweise in der politischen Diskussion zu hörenden Behauptung, das Insolvenzgeld werde aus Steuermitteln finanziert, ist zutreffender Weise mit der Zahlung von Insolvenzgeld eine Belastung des staatlichen Haushaltes nicht verbunden. Das Insolvenzgeld wird durch eine von den Arbeitgebern zu zahlende monatliche Umlage finanziert. Gem. § 358 Abs. 2 SGB III ist die Umlage nach einem Prozentsatz des Arbeitsentgeltes (Umlagesatz) zu erheben, wobei das Arbeitsentgelt, nachdem die Beträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für die im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer und Auszubildenden bemessen werden oder im Fall einer Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zu bemessen wären, maßgebend. Durch die Umlage sollen gem. § 358 Abs. 3 SGB III das Insolvenzgeld, die Verwaltungskosten und die Kosten für den Einzug der Umlage sowie der Prüfung der Arbeitgeber gedeckt werden. Auch wenn der Bund, die Länder, die Gemeinden sowie Rechtsträger, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren nicht zulässig ist, Arbeitnehmer beschäftigen, so sind sie in die Umlage gem. § 358 Abs. 1 Satz 2 SGB III nicht einbezogen.

Der Umlagesatz beträgt gem. § 360 SGB III gesetzlich 0,15%. Während der Corona-Pandemie war der Umlagesatz durch Art. 1 Nr. 9 des Gesetzes zur Beschäftigungssicherung in Folge der COVID-19-

Pandemie vom 3. Dezember 2020 (BGBl. II 2020, S. 2691) auf 0,12% bis einschließlich 31. Dezember 2021 festgesetzt. Für das Jahr 2022 betrug der Umlagesatz 0,09 Prozent (InsoGeldFestV 2022, BGBl. I 2021, 5230). Für das Jahr 2023 erfolgte bereits eine Absenkung auf 0,06 Prozent (InsoGeldFestV 2023, BGBl. I 2022, 2430).

Für das Kalenderjahr 2024 wird der Umlagesatz auf 0,06% festgesetzt, was zu einer erheblichen Entlastung der Arbeitgeber führt. Eine Gesetzesänderung ist dazu nicht erforderlich, da ein niedrigerer Umlagesatz als gesetzlich vorgesehen gem. § 361 SGB III auch durch Verordnung festgesetzt werden kann.

Von dieser Ermächtigung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit der Verordnung zur Festsetzung des Umlagesatzes für das



Julika Demmer & Jana Hoffmann

haben an der Universität Duisburg/Essen Betriebswirtschaftslehre und an der FOM Hochschule Wirtschaftspsychologie (Demmer) bzw. Sales Management (Hoffmann) studiert. Sie sind beide Geschäftsführerinnen der DH Personalsachbearbeitung GmbH und unterstützen Kanzleien insbesondere im Bereich Insolvenzgeld und Vorfinanzierung.

Insolvenzgeld für das Kalenderjahr 2024 vom 15. Dezember 2023 Gebrauch gemacht, die am 21. Dezember 2023 (BGBl. I 2023, Nr. 379) verkündet worden ist.

Die Regelung entlastet alle Arbeitgeber, also auch den Insolvenzverwalter, der nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein Unternehmen fortführt. Auch in diesem Fall ist die Belastung durch die Umlage ab 2024 verringert.

II. Entwicklung der Insolvenzgeldanträge

Im Jahre 2023 wurden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit¹ bundesweit 81.231 Anträge (2022: 57.085 Anträge; 2021: 46.859 Anträge) auf Insolvenzgeld durch Arbeitnehmer gestellt. Durch Dritte, regelmäßig im Rahmen einer Insolvenzgeldvorfinanzierung, wurden 3.042 Anträge (2022: 2.044; 2021: 2.209) gestellt. Die Zahl der Anträge durch die Einzugsstellen betrug im Jahre 2023 67.476 (2022: 52.875; 2021: 54.757).

Die Entwicklung zeigt, dass die Zahl der Insolvenzgeldanträge in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Dies hängt allerdings weniger mit der Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzverfahren zusammen, sondern mit der höheren Zahl von Insolvenzverfahren von Unternehmen, bei denen viele Arbeitnehmer beschäftigt sind.

III. Höhe des Insolvenzgeldes

Gem. § 167 Abs. 1 SGB III wird das Insolvenzgeld i. H. des Netto-Arbeitsentgeltes gezahlt, das sich ergibt, wenn das auf die monatliche Beitragsbemessungs-

grenze (§ 341 Abs. 4 SGB III) begrenzte Brutto-Arbeitsentgelt um die gesetzlichen Bezüge vermindert wird. Gem. § 341 Abs. 4 SGB III ist die Beitragsbemessungsgrenze die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung.

Die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung belief sich in den neuen Bundesländern in den Jahren 2022 und 2023 auf € 6.750 bzw. € 7.100. In den alten Bundesländern betrug sie in den Jahren 2022 und 2023 € 7.050 bzw. € 7.300.

Nach der Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2024 vom 24.11.2023² beträgt die Beitragsbemessungsgrenze ab 1. Januar 2024 in den neuen Bundesländern € 7.450 und in den alten Bundesländern € 7.550.

Die Beitragsbemessungsgrenze hat auf die Fortführung von Unternehmen und insbesondere die Insolvenzgeldvorfinanzierung erhebliche Auswirkungen. Gerade Leistungsträger in Unternehmen haben Entgeltansprüche, die die Beitrags-

bemessungsgrenze zum Teil deutlich übersteigen. In der Praxis hat man sich in solchen Fällen damit beholfen, dass aus der (vorläufigen) Insolvenzmasse an den Mitarbeiter Zuzahlungen geleistet worden sind, um zu verhindern, dass der Arbeitnehmer abwandert. Im Hinblick auf die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung werden die Fälle, in denen das Arbeitsentgelt nicht mehr von Insolvenzgeld gedeckt sind, auf den ersten Blick geringer. Es ist aber zudem die gegenläufige Entwicklung zu berücksichtigen,

¹ Statistik: <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Leistungen-SGBIII/Insolvenzgeld/Insolvenzgeld-Nav.html>

² BGBl. I 2023, Nr. 322; vgl. Richter, DSr 2023, 2862 f.

dass auf Grund des Fachkräftemangels zum Teil erhebliche Entgeltsteigerungen vereinbart worden sind.

Soweit an sog. „Übersteiger“, also Arbeitnehmer mit einem höheren Arbeitsentgelt als die Beitragsbemessungsgrenze, mit Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters Zahlungen erfolgen, dürfte zwar Kenntnis des Zahlungsempfängers i.S. des § 130 Abs. 1 InsO vorliegen, eine Insolvenzanfechtung allerdings am Einwand des Bargeschäfts i.S. des § 142 Abs. 2 InsO scheitern. Zudem dürfte es regelmäßig am Merkmal der „Unlauterkeit“ nach § 142 Abs. 1 InsO fehlen.

Fazit: Es wird somit im Einzelfall zu analysieren sein, wie sich die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen konkret auswirkt. Ungeachtet der möglichen Kompensierung durch die ohnehin steigenden

Arbeitsentgelte ist die Anhebung gleichwohl zu begrüßen, da ohne die Erhöhung die Anzahl der Arbeitnehmer, die die Beitragsbemessungsgrenzen mit ihrem Entgelt übersteigen, noch größer wäre und damit Zahlungen aus der (vorläufigen) Insolvenzmasse unumgänglich wären, wenn die weitere Arbeitsleistung für das schuldnerische Unternehmen benötigt wird.

Vortrag mit Jana Hoffmann:

Insolvenzgeld: Vorfinanzierung, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie Bezüge zum Kurzarbeitergeld

am 18.3.2024 & 18.10.2024, online bei AGV
Seminare zusammen mit Prof. Dr. Jens M. Schmittmann

Die umsatzsteuerliche Behandlung der Verwertung von Sicherungsgut (Dreifachumsatz)

Alexander Keilbach, Marburg

Verfügt ein Unternehmen nicht über ausreichend liquide Mittel, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, Liquidität im Rahmen eines Kredites zu erlangen. Damit sich die kreditgebende Bank im Insolvenzfall des Darlehensnehmers nicht mit einer geringen Quote zufriedengeben muss, werden in der Regel im Rahmen der Kreditvergabe von dem liquiditätssuchenden Unternehmen Sicherheiten verlangt. Neben der Forderungszession und der Bürgschaft stehen als Sicherheiten insbesondere die Sicherungsübereignung und bei Immobilienvermögen die Grundpfandrechte zur Verfügung. Zur Finanzierung von beweglichen Gegenständen werden regelmäßig die finanzierenden Gegenstände an die Kreditinstitute sicherungsübereignet. Der Gegenstand steht jedoch dem Darlehensnehmer weiterhin zur Nutzung zur Verfügung, sodass diesem die ausschließliche Verfügungsmacht über den sicherungsübereigneten Gegenstand verbleibt. Der vorliegende Beitrag widmet sich den umsatzsteuerlichen Besonderheiten der Verwertung solcher sicherungsübereigneten Gegenstände im Rahmen eines Insolvenzverfahrens.

Verwertungsrecht

Mit Verfahrenseröffnung verliert der Schuldner die Verfügungsmacht über sein gesamtes Vermögen. Die Verfügungsmacht wird auf einen Dritten, nämlich einen vom Gericht bestellten Insolvenzverwalter (§ 27 Abs. 1 Satz 1 InsO), übertragen, § 80 Abs. 1 InsO. Damit geht das Recht, über das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen zu verfügen, auf den Insolvenzverwalter über. Dies gilt insbesondere auch

für Gegenstände, die der Schuldner zuvor sicherungsübereignet hat. Sofern der Insolvenzverwalter diese in seinem Besitz hat, kann er diese gem. § 166 Abs. 1 InsO verwerten.

Durch die Verwertung solcher sicherungsübereigneten Gegenstände werden jedoch umsatzsteuerliche Sachverhalte ausgelöst, die bei jedem einzelnen Vorgang zu berücksichtigen und entsprechend umzusetzen sind.